

Die politische Union
als Auftrag an die Jüngeren

Das Haus Europa weiterbauen

Helmut Kohl

Die Gründung der Europäischen Gemeinschaft vor fünfzig Jahren ist der Beginn einer einzigartigen Erfolgsgeschichte. Die Römischen Verträge, die am 25. März 1957 von sechs Ländern, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland, unterzeichnet wurden, markieren einen Wendepunkt in der Geschichte unseres leidgeprüften Kontinents. Sie trugen entscheidend dazu bei, dass sich in den Ländern, die an diesem Einigungsprozess teilnahmen, Frieden, Freiheit, Wohlstand und soziale Sicherheit entwickeln konnten.

Dass sich die sechs Gründungsstaaten zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zusammenschlossen, ist neben den Anregungen europäischer Visionäre wie des Österreicher Richard Graf Coudenhove-Kalergi vor allem dem Einsatz führender Politiker der Nachkriegszeit zu verdanken. Es waren der Brite Winston Churchill, die Franzosen Robert Schuman und Jean Monnet, der Italiener Alcide De Gasperi, der Belgier Paul Henri Spaak und der Deutsche Konrad Adenauer, die unter dem Eindruck des Weltkrieges und der vorausgegangenen nationalistischen Rivalitäten von der Idee beseelt waren, eine politische Gemeinschaft zu schaffen, die gegenseitige Feindschaften überwand. Winston Churchill hatte früh erkannt, dass zuerst Deutsche und Franzosen aufeinander zugehen mussten. Der Schuman-Plan, von Jean Monnet vorbereitet und von Konrad Adenauer und Robert Schuman vereinbart, legte den Grundstein für den Zusammenschluss

weiterer Länder in Europa. Nur sieben Jahre nach Kriegsende formierten sich Frankreich, Italien, die Beneluxstaaten und die Bundesrepublik Deutschland zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, aus der dann fünf Jahre später die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft hervorging.

Deutschland und Frankreich blieben auch danach der Motor für den Erfolg des europäischen Gedankens. Während in anderen Ländern noch die Skepsis überwog, gingen von Bonn und Paris Initiativen, Anregungen und Pläne für weitere Schritte der Integration aus. Dies wurde später auch durch das enge Vertrauensverhältnis zwischen François Mitterrand und mir befördert – ein Glücksfall für mich persönlich, vor allem aber für unsere beiden Völker.

Ein weiter Weg

Der Weg seit den Römischen Verträgen war mühevoll. Oft herrschten Kleinmut und Ängstlichkeit vor. Kaum wurden zwei Schritte nach vorne getan, ging es bisweilen schon einen zurück. Als ich 1982 als neu gewählter Bundeskanzler zum Europäischen Gipfel nach Kopenhagen fuhr, glaubten viele, auch Beteiligte, nicht mehr an die Zukunft Europas – obwohl doch wenige Jahre zuvor das Europäische Parlament zum ersten Mal direkt gewählt worden war. Das Wort von der „Eurosclerose“ ging um. Es brauchte Ausdauer und Mut, um weiterzukommen. Ich erinnere an die Süderweiterung 1986, an die Einheitliche Europäische

Akte zur Schaffung eines europäischen Binnenmarktes 1987, an die Verträge von Maastricht 1991 zur Schaffung einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, der Europäischen Union, sowie an die Verträge von Amsterdam 1997, die die große Erweiterung der Europäischen Union vorbereiteten.

Dabei darf nicht aus dem Blick geraten, dass die römische Form der europäischen Einigung anfangs allein von den sechs Vertragspartnern, nicht aber von den übrigen Staaten Westeuropas für den richtigen Weg gehalten wurde. Während die Sechsergemeinschaft ein einheitliches Zollgebiet plante, glaubten andere Länder, mit einer Freihandelszone größere Vorteile zu erzielen. Es zeichnete sich der Wettbewerb zweier Denkschulen ab, als sich neben der EWG auch noch die Europäische Freihandels-Vereinigung EFTA einrichtete. Deren Mitglieder Großbritannien, Norwegen, Schweden, Dänemark, Österreich, die Schweiz und Portugal glaubten, das zukunftsträglichere Modell zu verwirklichen. Sie wollten die Vorteile des freien Handels wahren und scheuten alles andere, was man heute in dem Begriff europäische Integration zusammenfasst. Doch der Erfolg hat unser römisches Modell bestätigt. Wichtige Länder, die ursprünglich aus Überzeugung nicht mitmachen wollten, haben längst ihre Aufnahme beantragt und sind Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft beziehungsweise der Europäischen Union geworden. Bis auf Norwegen und die Schweiz sind alle frühen EFTA-Staaten heute EU-Staaten. Und andere haben es ihnen gleichgetan: Spanien, Griechenland, Irland. Im Rückblick können wir Deutsche uns glücklich schätzen, von Anfang an zu den Gründern der zukunftsträglicheren Gemeinschaft gehört zu haben.

Unser Land hat von der Einigung Europas besonders profitiert: Wir wurden zwölf Jahre nach der Kapitulation und acht Jahre nach der Gründung der

Bundesrepublik als gleichwertiges Mitglied in die europäische Staatengemeinschaft aufgenommen. Dies war auch ein persönlicher Erfolg Konrad Adenauers. Zu seinen wichtigsten Zielen gehörte es, eine Verständigung mit den ehemaligen Kriegsgegnern zu erreichen. Die Verständigung mit den östlichen Nachbarn war – es war nicht unsere Schuld – hingegen versperrt. Und dennoch haben die Völker jenseits des Eisernen Vorhangs mit ihrem Widerstand gegen den Kommunismus und ihrem Kampf für die Freiheit – von der DDR bis nach Ungarn – zum Siegeszug der europäischen Idee beigetragen. Der Franzose Robert Schuman sagte damals: „Die Ratlosigkeit unter den Atlantikmächten, die unsere Niederlagen am Suezkanal und in Ungarn hervorgerufen hatten, hat die parlamentarische Billigung der Europa-Projekte Euratom und Gemeinschaftsmarkt gefördert. Es ist dieser Situation zu verdanken, dass unerwartet große Mehrheiten die Vereinbarungen von Rom genehmigt haben.“

Keine Einheit ohne Einigung

Gerade für Deutschland hat sich bewahrt – und ich habe dies immer wieder gesagt: Zur Politik der europäischen Einigung gibt es keine verantwortbare Alternative. Darüber hinaus dürfen wir nicht vergessen: Ohne die Einigung Europas, an der alle deutschen Bundeskanzler mitgewirkt haben – von Konrad Adenauer und Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger, Willy Brandt und Helmut Schmidt bis hin zu mir –, wäre die deutsche Einheit nicht möglich gewesen. Wir haben sie in Frieden und Freiheit und mit Zustimmung unserer Partner und Freunde in der Welt erreicht. Sie ist die glückliche Verbindung und Verwirklichung eines nationalen und eines europäischen Vorhabens. Die Wiedervereinigung Deutschlands musste eingebettet sein in die Einigung Europas. Wir haben stets gesagt: Die deutsche Einheit und die europäische Ei-

Helmut Kohl und Theo Waigel geben am 2. Mai 1989 in Brüssel eine Pressekonferenz zum Start der Europäischen Währungsunion mit elf Ländern zum 1. Januar 1999.

© picture-alliance/dpa, Foto: epa Seren



nigung sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Es war meiner Regierung, aber auch meinen Vorgängern gelungen, über die Jahre Vertrauen zu unseren Nachbarn und Partnern aufzubauen. Dieses Vertrauen bewährte sich gerade in den dramatischen Wochen und Monaten vor der Wiedervereinigung. Unsere Nachbarn konnten sich darauf verlassen, dass wir die Einheit des Vaterlandes nicht um den Preis eines Ausscherens aus der Europäischen Gemeinschaft, sondern in Gemeinschaft mit den Europäern erreichen wollten. Das war genauso wichtig wie unser gleichgerichtetes Verhalten in der NATO. Damit waren alle Spekulationen über einen deutschen Sonderweg widerlegt. Nach und nach sahen das die Staats- und Regierungschefs aller befreundeten Staaten in Europa ein, wenn es auch jenseits und diesseits des Ärmelkanals manchen

anfangs schwerfiel. Es war keine Frage, dass wir an allen Verabredungen festhalten würden, selbstverständlich auch an der Wirtschafts- und Währungsunion mit der gemeinsamen Währung, dem Euro.

Dass wir beim Europäischen Gipfel im Juni 1988 in engster Abstimmung mit dem französischen Präsidenten François Mitterrand bereit waren, unsere „gute D-Mark“ zugunsten des Euro aufzugeben, war eine überzeugende Vorleistung auf den Bau des Hauses Europa. Sie kam uns bei den Verhandlungen zur Wiedervereinigung und ebenso nach Erreichen der Einheit sehr zustatten. Ich kann in diesem Zusammenhang das Engagement meiner Freunde François Mitterrand und Jacques Delors nicht genügend würdigen.

Überhaupt ist die Bedeutung von Vertrauen und Freundschaft für den Fortschritt in Europa hervorzuheben. Das geht weit über das Funktionale hinaus

und reicht tief ins Persönliche hinein wie mit dem Sozialisten Felipe González und dem Christdemokraten Jean-Claude Juncker. Nie hat das Streben nach nationalem oder gar persönlichem Prestige Europa wirklich vorangebracht, sondern ausschließlich der Glaube an die gemeinsamen Vorteile.

Die Einführung des Euro am 1. Januar 2002 als gemeinsames Bargeld ist ein herausragender Markstein der Europäischen Union. Sie war und bleibt ein Schlüsselpunkt auf dem Weg zum geeinten Europa. Denn dadurch ist die europäische Einigung unumkehrbar geworden. Ebenso prägend und bindend war die Erweiterung der Europäischen Union im Jahre 2004 um zehn und dieses Jahr um zwei weitere Länder auf nunmehr 27 Mitglieder. Seit der Gründungsakte hat sich die Zahl der Mitglieder mehr als vervierfacht. Von den neuen Mitgliedern befanden sich noch vor zwanzig Jahren zehn Staaten im Machtbereich des sowjetischen Imperiums, jenseits des Eisernen Vorhanges. Jetzt, da sie zum Hause Europa gehören, ist die Wiedervereinigung Europas endgültig vollzogen. Die Visionen Konrad Adenauers, Winston Churchills, Alcide De Gasperis, Robert Schumans und vieler anderer haben sich damit erfüllt. Das Ausmaß der Veränderungen macht die Einigung Europas zu einer Erfolgsgeschichte.

„Europäischer Deutscher und deutscher Europäer“

Das Haus Europa ist jetzt „wetterfest“. Wir haben den Innenausbau nie vernachlässigt, sonst wäre das Haus gar nicht wohnlich geworden. Doch es ist noch Wesentliches zu tun: die Vollendung der politischen Union. Sie kann nur gelingen, wenn sich die Bürger mit „Europa“ identifizieren. Es ist wichtig, dass Regelungen getroffen werden, die die Europäische

Union transparenter und demokratischer machen. Auch soll in den künftigen Dokumenten, ob es nun Verfassungsvertrag oder anders heißt, klar auf unsere christlichen Werte Bezug genommen und die Berufung auf Gott in der Präambel verankert werden. Somit wird deutlich gemacht, auf welchem wesentlichen geistigen Fundament Europa gebaut ist.

Bei der weiteren politischen Gestaltung der Europäischen Union müssen wir auch darauf achten, dass das Subsidiaritätsprinzip weiter gestärkt wird. Das heißt: Die Probleme müssen auf der Ebene gelöst werden, auf der dies am besten möglich ist. Wir dürfen nicht dahin kommen, dass wir alle Fragen zentralistisch in Brüssel oder Straßburg regeln. Das entfremdet die Bürger und macht sie skeptisch gegenüber „Europa“. Das vereinte Europa soll die regionalen und nationalen Identitäten, Kulturen und Lebensweisen bewahren und fördern. Es ist ein Grundbedürfnis des Menschen, sich zu seiner Heimat und seinem Vaterland zu bekennen. Die Flaggen an vielen Autos während der Fußball-Weltmeisterschaft waren ein Ausdruck von Freude und kein Chauvinismus. Nationales Bekenntnis und europäische Identität sind kein Widerspruch. Dies sah auch Thomas Mann, als er nach dem Ersten Weltkrieg sagte: „Ich bin ein europäischer Deutscher und ein deutscher Europäer.“ Wir wünschen uns „Einheit in Vielfalt“. Darin liegt die Stärke einer künftigen politischen Union.

Meine Generation hat auf den Fundamenten ihrer Vorgänger mit Mut und Beharrlichkeit das Haus Europa weitergebaut. Auf die Bilanz können wir stolz sein. Es ist der Auftrag an die Jüngeren und die Kommenden, das Werk mit Optimismus und Leidenschaft weiterzuführen. Europa ist unsere Zukunft, der Weg ist für eine gute Entwicklung vorgezeichnet.